



für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 7/26 (Nr.54) am 14. April 2026

Was machen die Gewerkschaftsmenschen am 1. Mai?

Heraus !!!

Am 1. Mai gibt es für die engagierten Gewerkschafterinnen und ihre männlichen Ebenbilder nur eins: Heraus auf die Straße und nicht ins Grüne. Wir demonstrieren für unsere Rechte und dann feiern wir, denn das ist unser Feiertag. Weltweit. Die OV Saar-Blies trifft sich um 10:45 Uhr auf dem Tbilisser Platz in Saarbrücken. Von dort demonstrieren wir hoch zum Schloss zur Maikundgebung und anschließend zum Fest.





Erst unsere
Jobs,
dann eure Profite

1. Mai 2026
Saarbrücken

11:00 Uhr – Demo (Tbilisser Platz SB)

12:00 Uhr – Kundgebung (Schloss SB)

Eröffnung durch den Saarknappenchor
Anschließend Familienfest und Musik



Ulrike Horig
Vorsitzende des Gewerkschaftsrats
von ver.di
(Moderation)



Timo Ann
Stv. Bezirksvorsitzender
008 Rheinland-Platz/Saarland



Francesco Ordo
Mitglied des geschäftsführenden
Kaufvorstands der IGBCF



Tim Quert
Mitglied des Jugendausschusses
der IGBCF

Bekannte gewerkschaftliche Friedensaktivistin kommt nach Saarbrücken:

Diskutieren wir mit Ulrike Eifler

Am Mittwoch, 13. Mai 2026, ist um 18.00 Uhr im Großen Sitzungssaal der ver.di die Gewerkschafterin und Politikerin Ulrike Eifler zu Gast.

Die 50-jährige Gewerkschafterin ist Politikerin der Partei Die Linke und Journalistin. Die ehemalige hessische Landesvorsitzende der Linkspartei verfasste auch Prosa und Lyrik und ist eine zentrale Person in der deutschen Friedensbewegung. Die zweite Bevollmächtigte der IG Metall Würzburg ist auch Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten und war auch schon Geschäftsführerin der DGB Region Südosthessen. Heute gehört sie dem Parteivorstand der Partei Die Linke an, bezieht eindeutig und konsequent Position in der Solidarität mit



Palästina, weswegen sie letztes Jahr bundesweit in die Kritik geriet, weil behauptet wurde, sie würde Israel das Existenzrecht absprechen. Die Kollegin widersprach dieser Erzählung energisch.

Schon vor zwei Jahren hatte der OV Saar-Blies sie nach Saarbrücken eingeladen, wo sie darlegte, dass die Zeitenwende ein Angriff auf unsere Rechte darstellt. Die Veranstaltung in Saarbrücken hatte zur Folge, dass sich der ver.di-Ortsverein besonders in der Abrüstung- und Friedensfrage engagiert. Außerdem gründeten danach Mitglieder des OV in St. Ingbert das Friedensforum.

Ulrike Eifler vertritt die These, dass die Bundesregierung zu einer Politik einer aktiven Kriegsvorbereitung übergegangen ist. Hinter der angestrebten zivil-militärischen Zusammenarbeit verberge sich die Unterordnung aller zivilen Bereiche unter die militärische Logik. Diese Politik habe erhebliche soziale Auswirkungen, die vor allem zu unseren Lasten gehen werden. Aktuell würden die schärfsten Sozialkürzungen in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht. Und tatsächlich spricht z.B. Markus Söder von einem „Update des Sozialstaates“ und Kanzler Friedrich Merz vom „Epochenbruch in der Sozialpolitik“. Gesprochen wird von einer Rente mit 70, von Vorkasse bei Arztbesuchen, der Rückkehr zur 70-Stunden-Woche am Arbeitsplatz – Union und SPD haben offenbar alle Denkverbote abgelegt, um ihre wahnsinnige Aufrüstung zu finanzieren. Dabei gerät auch unsere öffentliche Daseinsvorsorge unter die Räder.

Aus der Geschichte wissen wir, dass Umbrüche mit dem Potenzial weltkriegerischer Auseinandersetzungen nicht nur mit erheblichen Angriffen auf die Welt der Arbeit einhergingen, sondern die Arbeiterbewegung stets in die Krise stürzten. Unsere Kollegin hat deshalb ein Buch „Gewerkschaften in der Zeitenwende“ herausgegeben, das intensiv nicht nur innerhalb der Gewerkschaften diskutiert wird. Es lohnt sich, zur Veranstaltung am Mittwoch, den 13. Mai, in die St. Johanner Str. 49 nach Saarbrücken zu kommen. Gäste und Mitdiskutanten sind besonders herzlich willkommen.



Dr. Frank Bandau bei ver.di:

Es steht Schlimmes zu befürchten

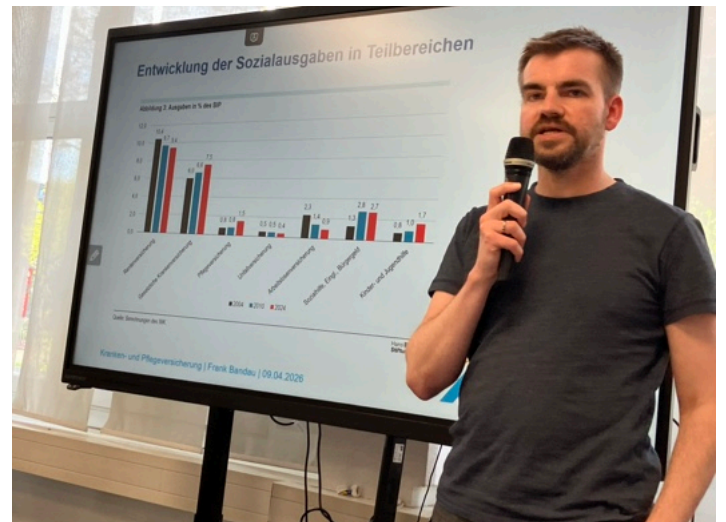
Zehn Tage nachdem die Finanzkommission Gesundheit ohne Beteiligung der Gewerkschaften ihre Sparvorschläge für das Gesundheitswesen unterbreitete führte der OV Saar-Blies dazu eine Diskussionsveranstaltung durch, um die Positionen der arbeitenden Menschen in die Debatte einzubringen.

Dr. Frank Bandau von der Arbeitskammer des Saarlandes war beim ver.di Ortsverein Saar-Blies zu Gast und überzeugte durch einen fachlich sehr kompetenten Vortrag zu den verschiedenen Vorschlägen zum Angriff auf die sozialen Errungenschaften.

Gesundheitsministerin Nina Warken will zügig auf dieser Grundlage die Vorschläge der Bundesregierung vorlegen. Warken nennt die Vorschläge einen „Werkzeugkasten“, aus dem sie die „besten Werkzeuge“ nehmen wolle.



ver.di hatte für die Veranstaltung unter dem Schlagwort „Solidarität tschüss“ eingeladen. Referent und die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter teilen diese Befürchtung. Die Vorschläge der Finanzkommission Gesundheit stoßen bei ver.di auf deutliche Kritik. Zwar enthält der Bericht aus Sicht der Gewerkschaft einzelne sinnvolle Ansätze – etwa die stärkere Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus



Steuermitteln. Insgesamt aber, so der Tenor, gehen zentrale Vorschläge in eine Richtung, die Beschäftigte und Versicherte gleichermaßen belastet.

Kritisch sieht ver.di vor allem zwei Punkte: Zum einen soll die tarifvertragliche Bezahlung in Krankenhäusern und Reha-Einrichtungen künftig nicht mehr vollständig refinanziert werden. Zum anderen steht das Pflegebudget zur Disposition, das wieder in die Fallpauschalen eingegliedert werden könnte. In der Debatte meinte die stellvertretende Vorsitzende des Ortsvereins, Charlotte Matheis, damit werde der Mechanismus geschwächt, der gezielt mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen ermöglicht habe.

Auch auf der Einnahmenseite setzt die Kommission die falschen Signale. Höhere Zuzahlungen, die unabhängig vom Einkommen erhoben werden, sowie eine mögliche Absenkung des Krankengeldes würden insbesondere Menschen treffen, die ohnehin unter Druck stehen. Auch der Vorschlag, die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern abzuschaffen, würde gerade im Saarland vor allem Geringverdienende belasten. Die steigenden Kosten sollen einseitig den Versicherten zugeschoben werden, während strukturelle Reformen ausbleiben, so die Kritik von Kollegin Hannelore Philippi. Strukturelle Fragen bewegten auch die Krankenpflegerin Anna Elbert, die ethische Fragen aufwarf, die man diskutieren sollte.

Frank Bandau verwies auf alternative Wege zur Stabilisierung der Finanzierung: etwa eine Entlastung bei Arzneimitteln oder eine breitere Finanzierungsbasis, in die auch weitere Einkommensarten einbezogen werden. Entscheidend bleibt aus Sicht der Kolleginnen und Kollegen, dass das Solidarprinzip nicht weiter ausgehöhlt wird – weder auf Kosten der Beschäftigten im Gesundheitswesen noch derjenigen, die auf eine funktionierende Versorgung angewiesen sind.

ver.di dabei:

Demo gegen rechts

Am 11. April fand in Saarbrücken die erste „PRÜF-Demo“ statt. Es war eine etwas andere Demo, als man es sonst kennt. Statt lauten Parolen gab es Ausdruckstanz und Musik. Insgesamt gingen an diesem Samstag 24.300 Menschen in elf Landeshauptstädten auf die Straße. Die sogenannten PRÜF-Demos verbinden Protest mit Musik, Theater und spontanen Auftritten. Der bekannte Peter Tiefenbrunner moderierte in sehr gekonnter und motivierender Art die über 500 Demonstranten. Das Format ist Teil einer bundesweiten Initiative für Kulturdemos. Die Initiatoren fordern die Überprüfung rechtsextremer Parteien. Dort, wo der Verfassungsschutz eine Partei als rechtsextrem einschätzt, da solle die Landesregierung entsprechend aktiv werden.

Einige unserer Mitglieder fanden das Berufen auf den Verfassungsschutz fragwürdig, weil dieser ja oftmals auf dem rechten Auge blind zu sein scheint wie der NSU-Skandal z.B. zeige. Auch ist man unterschiedlicher Meinung, ob man mit Verboten das Problem lösen könne.

Da ver.di allerdings stets gegen alte und neue Nazis kämpft, fanden sich für die Beteiligung doch elf Kolleg*innen. Und sie wurden durch die Beiträge von Manuel Sattler, Alex Breidt und Bérengère Brulebois schon beim Auftakt belohnt. Während der Demo trat

dann der Bürger*innenchor „Käsch und Naziss“ sowie Nika Jonsson auf. Nach der Demo kamen noch Krieger111 und WIR WERDEN WEITERHIN KÄMPFEN auf die Bühne.

Die Demo wurde von Akteur*innen der Kunst- und Kulturszene gestaltet. So sollte versucht werden eine positive Atmosphäre, zu schaffen. Unser Ortsverein war mit Fahnen und dem Transparent

„Gewerkschaften für den Frieden“ vor Ort, da rechte Politik stets Hochrüstung bedeutet und mit dem Erstarken rechter Politik wächst die Kriegsgefahr, so die Meinung der Bannerträger.



FEIERT MIT UNS

25 JAHRE

30. Mai 2026
ver.di Haus Saarbrücken

🕒 Beginn: 14:00 Uhr

🕒 Eröffnung: 15:00 Uhr



Spielmobil für Kinder



Essen & Getränke



Live-Musik am Abend



Zur Anmeldung:





85. Jahrestag des Überfalls
Deutschlands auf die Sowjetunion

Internationales Treffen gegen Faschismus und Krieg

Saar – Lor – Lux



Sonntag, 21. Juni 2026

8.00 Uhr

Fahrt mit dem Bus nach Luxemburg und Frankreich
Besichtigung Widerstandsmuseum in Esch sur Alzette

Mittagessen in Guinkirchen im Département Moselle
Fahrt nach Ban-Saint-Jean mit Besichtigung und Führung

15.00 Uhr

Internationale Kundgebung an der Stèle du Ban Saint Jean: „85. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ mit Gewerkschaftskollegen aus Frankreich, Luxemburg und Deutschland

Rückkehr in Saarbrücken nach 17.00 Uhr
Weitere Infos gibt es nach der verbindlichen Anmeldung

Anmeldung

formlos per Mail an michael@quetting.de

Der Schwur von Buchenwald ist uns Leitmotiv und Mahnung zugleich:

**„Nie wieder Krieg.
Nie wieder Faschismus.“**

Mit diesem internationalen Treffen wollen wir zur Vernetzung der gewerkschaftlichen Friedenskräfte beitragen.

Aufrüstung und Sozialabbau verlaufen international. Deswegen ist das Eintreten für Abrüstung und Frieden immer internationalistisch und stützt sich auf den Kampf der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften.

**Unsere Losung sei:
Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter!**

Stabil bleiben – Sozial gestalten:

Argumente und Infos zum „aufgeblähten Sozialstaat“

Seit Monaten hören wir nahezu täglich dieselbe Geschichte: Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, der konservative Wirtschaftsflügel der CDU und Bundeskanzler Friedrich Merz behaupten in Interviews, Reden und Schlagzeilen, der Sozialstaat sei zu groß, zu teuer und eine Belastung für wirtschaftliches Wachstum.

Dahinter steckt eine klare Strategie: Radikale Maßnahmen und Zumutungen werden in die Öffentlichkeit getragen. Beschäftigten, Teilzeitkräften und Leistungsempfänger:innen wird mangelnde Leistungsbereitschaft oder Bequemlichkeit angesichts sozialstaatlicher Errungenschaften vorgeworfen. Spätere tatsächliche Einschnitte im Sozialstaat sollen dadurch als „moderate“ und angemessene Maßnahmen erscheinen. Schritt für Schritt soll so die Grenze verschoben werden, was gesellschaftlich als normal und notwendig mit Blick auf den Sozialstaat gelten soll.

Gleichzeitig wird die Debatte bewusst verengt. Statt darüber zu sprechen, wie unser Sozialstaat gerechter finanziert und gestaltet werden kann, wird nur darüber diskutiert, wo gekürzt werden soll. Fragen, etwa nach einer stärkeren Beteiligung der Reichsten an der Finanzierung unseres Gemeinwesens, kommen in dieser Erzählung nicht vor.

Diese Debatte ist gefährlich und hat vor allem für uns abhängig Beschäftigte gravierende Folgen: mehr arbeiten, länger arbeiten, später in Rente, weniger soziale Sicherheit und Rechte.

Die im Bundestag Anfang März verabschiedete sogenannte neue Grundsicherung ist Ausdruck und warnendes Beispiel für diese Politik. Und die weiteren Ankündigungen lassen nichts Gutes hoffen.

ver.di hat auf ihrer Webseite Fakten, Hintergründe und Argumente zu den aktuellen Angriffen auf den Sozialstaat aufgeschrieben. Dort kann man lesen, warum viele der verbreiteten Behauptungen schlicht falsch sind.

Lassen wir das Märchen vom „aufgeblähten Sozialstaat“ nicht unwidersprochen. Denn eines wird in dieser Debatte systematisch verschwiegen:

Der Sozialstaat wurde durch die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften erkämpft, er ist Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Was unsere Vorfahren erkämpft haben, dürfen wir nicht einfach hergeben, nur damit genug Geld für die Rüstung und die Reichen vorhanden ist. Hier der Link zur ver.di-Seite: <https://www.verdi.de/>

Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand

ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt: christian.umlau@verdi.de

OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de

Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf